

Achtung Satire!

Der „Great Reset“ im Jahr 2022 – Hurra! Endlich auch eine Partizipation für Teilnehmer des Weltwirtschaftsforums!

Nachdem Klaus Schwab noch vollmundig verkündet hatte, dass wir 2030 kein Eigentum mehr haben würden, dabei arm aber glücklich wären und uns total nachhaltig verhalten bzw. kein Auto mehr leisten könnten. Er wollte den schönen Plan mit dem „Great Reset“ noch in ein Gedicht oder ein Liedchen fassen. Die Inhalte sollten sein:

Wie können die großen Konzerne den lästigen Mittelstand loswerden, der immer wieder den großen schwerfälligen Unternehmen Probleme mit neuen Erfindungen macht. Wie schaffen wir durch „eine Weltregierung“ die Macht der bockigen souveränen Staaten ab? Wie bekommen wir durch Zentralisierung und üppigster Bestechungsgelder für den „tiefen Staat“ und die großen Firmen mehr Planbarkeit ohne das lästige Volk? Wie können wir durch „Schwurbelworte“ wie „Nachhaltigkeit“ usw. die Menschen noch mehr täuschen, damit die großen Player ihr Vermögen behalten können, 375 Mio. Menschen ihre Jobs verlieren und der Staat dafür ein sozialistisches Grundeinkommen spendieren muss. Der Refrain sollte folgende Inhalte haben: Die Großen behalten alles, spendieren dem Volk Worthülsen, marschieren an der Spitze der Bewegung dieser Worthülsen und das Volk bekommt einen Lebensstandard wie im Steinzeitkommunismus. Leider konnten die satanischen Verse leider noch nicht richtig in Liedform gebracht werden. Macht nichts, dachte sich Klaus Schwab, die Umsetzung des „Great Reset“ lässt keine Pausen zu. Doch nun platzte sein schöner Traum.

Denn die Menschheit entschied sich 2022 kurzfristig für einen anderen Weg. Es gab einen „Great Reset“ für Reiche. Alle Teilnehmer des Weltwirtschaftsforums wurden vor einem internationalen Gerichtshof angeklagt. Die Anklagepunkte lauteten:

1. Anklage wegen Frevels gegen das Vierte Gebot: „Du sollst Vater und Mutter ehren“. Hier wurden alle angeklagten großen Unternehmen schuldig gesprochen. Sie hatten im Sinne der Anklage gegen das Allgemeinwohl verstoßen und durch Bestechung sich genehme Gesetze verschafft sowie Politikern durch Aufsichtsratsmandate direkt und durch die Hintertür mit Beraterverträgen nach der politischen Karriere bestochen. Sämtliche angeklagte Politiker wurden wegen Bestechung und Verabschiedung von Gesetzen gegen das Allgemeinwohl verurteilt.

2. Anlage zum Siebten Gebot: „Du sollst nicht stehlen“. Hier wurden alle angeklagten Unternehmen und sämtliche Politiker für schuldig gesprochen, da die großen Unternehmen sich durch genehme Gesetze Wettbewerbsvorteile (indirekter Diebstahl) und von den Politikern überproportionale Steuervorteile, Subventionen etc. (direkter Diebstahl) verschafft hatten. Gleichzeitig wurden sämtliche Politiker als Teilnehmer des Forum in Davos als willfährige Gehilfen der Konzerne bei der Beihilfe zum Diebstahl für schuldig gesprochen.

3. Anklage zum Achten Gebot: „Du sollst nicht lügen“. Hier wurden alle angeklagten Politiker schuldig gesprochen. Allein das ganze „Umweltgequatsche“ und die unnötige

Verschleuderung von Steuergeldern für das Thema „Klimawandel“ und „Nachhaltigkeit“, nur um sich bei der Presse lieb Kind zu machen, reichte vollkommen im Sinne der Anklage aus.

Im Richterspruch wurde das gesamte Vermögen von allen Teilnehmern in Davos ersatzlos eingezogen. Auch die Stiftungen von einem gewissen Gerorgus Sorogie mussten ihre Gelder abliefern, weil ihr Chef im Sinne der Anklage wegen Durchsetzung von egoistischen Eigeninteressen gegen das Allgemeinwohl der Staaten für schuldig gesprochen wurde. Auf diese Weise wurden ausnahmsweise mal keine Staaten oder Währungen destabilisiert, sondern gewisse private Stiftungen.

Gleichzeitig wurden in der Schlussverhandlung alle Teilnehmer des Weltwirtschaftsforums in Davos zu lebenslanger Haft verurteilt. Auch hier bewahrheitete sich der beabsichtigte Weg des „Great Reset“: Sie werden nichts mehr haben, aber alle Teilnehmer WEF sind total nachhaltig. Er war eine ganze neue Erfahrung für die Verurteilten, mit wie wenig man im Gefängnis auskommen kann. Noch bei der Verkündung der großen Phrasen auf dem WEF hatte man sich in den „bescheidenen Lebensweg“ überhaupt nicht vorstellen können. Bei den gemeinsamen Mahlzeiten im Knast überbot man sich, wer nun am meisten durch den neuen unerwartet bescheidenen Lebenswandel den größten Batzen CO² eingespart hätte. Dies zeigt, dass trotz neuer Umgebung der Geltungsdrang dieser Truppe nicht aufzuhalten ist. Und weil keine Todesstrafe verhängt wurde, sind alle Teilnehmer des Forums auch im Jahr 2030 noch total glücklich, am Leben zu sein.

Die Big-Tec-Firmen mussten ihr zu Unrecht erworbenes Geld abliefern, der Staat hatte ihnen viele Wettbewerbsvorteile u.a. anderem während der Corona-Krise verschafft. Zusätzlich wurde auf Internetgeschäfte eine staatliche Abgabe von 30 % erhoben, um die Versorgung der Bevölkerung dezentral durch kleine stationäre Strukturen zu gewährleisten.

Die Big-Tec Firmen mussten danach von der Börse genommen werden und wurden durch das Kartellrecht zerschlagen. Ein Teil der Gelder wurde in die weltweite Pfadfinderarbeit investiert, damit die Kinder endlich mal wieder Gemeinschaft haben und draußen ohne „die hampelige Maske“ einmal richtig toben konnten. Die restlichen Gelder wurden für Gutscheine für Grillfleisch zum „nachbarschaftlichen Vergnügen“ vergeben. Alle sprachen früher immer vom Klimawandel und dass dringend etwas getan werden müsste. Nun heißt es, nachdem der ganze Spuk vorbei ist, „Wir müssen wieder den Willen zum Grillen haben“. Es geht doch nichts über eine gute Nachbarschaft.

Der Staat übernahm weltweit alle privaten Telefonkonzerne und bot keine Flatrate mehr für Privatleute an. Die variablen Telefentarife verteuerte der Staat zusätzlich, er reduzierte aber deutlich die Mehrwertsteuer auf alle Produkte des täglichen Lebens; reduzierte die Lohnnebenkosten erheblich, der Strompreis sank durch die komplette Abschaffung der erneuerbaren Energien und auch das Benzin wurde wieder billiger. Nun wurde es um das Thema Digitalisierung leiser. Man fuhr, dank des billigen Benzins, lieber wieder persönlich auf ein Bier bei Freunden vorbei, anstatt irgendwelche elektronischen Halbsätze zu verschicken.

Die Bürger interessierten sich danach deutlich weniger für irgendwelche minderwertigen Schuhe aus dem Internet oder billigen Elektronikplunder aus China. Statt den ganzen Tag auf das Smartphone zu schauen war nun endlich einmal wieder Zeit, die Großeltern zu besuchen oder beim Nachbarn bei der Zaunreparatur zu helfen.

Parallel wurden sämtliche Mitglieder des Weltklimarates angeklagt. Die Anklage zum Siebten Gebot („Du sollst nicht stehlen“) wurde nur kurz verhandelt. Der Diebstahl am Allgemeinwohl im Sinne von unsinnigen Forschungsgeldern und sinnlosen Projekten war leicht nachzuweisen. Die Täuschung der Menschheit im Sinne des Achten Gebotes („Du sollst nicht falsch Zeugnis reden“) wurde nur in fünf Minuten verhandelt. Da einige Mitglieder wohl wirklich an den „Quatsch mit dem Klimawandel“ glaubten, konnten die Angeklagten wählen zwischen einer lebenslangen Haft und einer lebenslangen Einweisung in eine psychiatrische Einrichtung.

Das Gericht stellte fest, dass das Wort „Nachhaltigkeit“ nach dem Untergang des Kommunismus der neue Kampfbegriff der großen Konzerne geworden war, die die Globalisierung überproportional zu ihrem Vorteil nutzten. Hiermit konnte man jeden linken Unsinn begründen und den großen Firmen Wettbewerbsvorteile verschaffen. So wie 1648 beim Westfälischen Frieden die Kritik an diesem Vertrag dauerhaft verboten war, damit der Hass nach dem 30jährigen Krieg nicht wieder aufkam, so wurde nun auch die Nennung des Wortes „Nachhaltigkeit“ verboten, damit endlich einmal wieder Frieden in der Gesellschaft herrschte.

Im Zuge dieser Neuorientierung verabschiedete die neue deutsche Regierung ein Gesetz für alle „Fridays for Future“-Teilnehmer: Den Schulunterricht verpflichtend am Samstag. Der Unterricht vom Freitag wurde auf den Samstag gelegt und am Freitag hatten die Kinderlein nun den sogenannten „Aufklärungsunterricht“ und lernten, dass in Schleswig-Holstein im 13. Jahrhundert an der Westküste Wein gewachsen war und damals Ackerbau in Grönland betrieben wurde.

Die neue Regierung löste die Sondereinheit der Bundeswehr „KSK“ nun doch nicht auf. Diese bekam die Aufsicht über die Universitäten. Sie musste nun, schwer bewaffnet, aufpassen, dass der neue „Frontalunterricht“ reibungslos ablief und keiner das Wort „Nachhaltigkeit“ im öffentlichen Raum in den Mund nahm. Der ganze andere ideologische Quatsch wie Klima, Elektro-Gehampel, Quoten, „Chanel-Gedöns“ usw. wurde gleich mit verboten, da die Gleichheit per Gesetz eingeführt wurde. Alle Studenten schauten „gleich“ nach vorne zum Professor, da konnte wirklich niemand mehr sagen, dass jemand diskriminiert würde. Am Ende hat man noch die gerade neu geschaffenen Überkapazitäten im Bereich der Toiletten abgeschafft. Jeder Student musste bei der KSK-Truppe anfragen, ob er sich kurz abmelden durfte, da er „austreten“ müsse. Auch an den Universitäten gab es mit der richtigen Autorität günstige Lösungen für das Allgemeinwohl.

In einer Selbsthilfegruppe von ehemaligen Grünen-Politikern kam es hinter verschlossenen Türen zu folgenden Sätzen: „Ach war das schön als wir noch mit dem Wort ‘Nachhaltigkeit’

die Menschheit an der Nase herumführen konnten und wir so richtig Kohle abgreifen konnten.
Das waren noch Zeiten ...“.